„Eibia"-Untersuchung geht weiter: „Keine weitreichende Gefährdung"

Bundesanstalt für Geowissenschaften mit Rohstoffe legte Ergebnisse vor

Landkreis. „Keine weitreichende Gefährdung des Grundwassers" – So lautet das Untersuchungsergebnis der Bundesanstlt für Geowissenschaften und Rohstoffe (GBR) über den Einfluß von arsenhaltigen Kampfstoffresten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände. Auf eine Anfrage der Mehrheitsgruppe der SPD und der Grünen im Kreistag befaßte sich der Wasserwirtschaftsausschuß mit den neuesten Untersuchungen.

Bereits 1984 habe die Gemeinde Dörverden auf dem Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik ‚Eibia' Grundwasserproben nehmen lassen, erinnerte sich SPD-Kreistagsmitglied Horst Austermann. Zu der Zeit war er dort Gemeindedirektor. Damals sei jedoch nichts gefunden worden, und man habe die Angelegenheit zu den Akten gelegt. Erst durch die Arbeit mit dem Titel „Nur keine schalfenden Hunde wecken...", einer Schüler-AG der Berufsbildenden Schulen in Dauelsen unter der Leitung des Geschichtslehrers Joachim Woock, sei man wieder aufmerksam geworden.

Die Eibia-AG hatte in ihrer Darstellung zur Geschichte der ‚Rüstungsaltlast' unter anderem auch die Untersuchungsergebnisse kritisch ausgewertet. Zu den gefährlichsten Stoffen, die während des Krieges auf dem Fabrikgelände hergestellt worden sind, gehörte der chemische Kampfstoff Adamsit. Dieser arsenhaltige Stoff läßt sich noch in übriggebliebenen Plättchen auf dem Gelände finden. Für die Arbeitsgruppe stellte sich daraufhin zunächst die Frage, inwieweit diese Reste die Qualität des Grundwassers beeinträchtigen könnten. „Die bis dahin vorgenommenen Untersuchungen erwiesen sich nach Recherchen bei Fachleuten als mehr oder weniger wertlos", lautete das Urteil der Schülergruppe. Meist sei eine Untersuchungsmethode angewandt worden, die bei dieser Arsenverbindung untauglich sei.

Im Januar dieses Jahres legte nun die Mehrheitsgruppe im Kreistag der Verwaltung einen Fragenkatalog vor, der in der Fachausschußsitzung beantwortet wurde. Bereits im Februar letzten Jahres seien an zwei Brunnen auf dem Gelände Probem genommen worden. Ausgewertet wurden sie parallel von der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz (WWD) und der BGR. Je nach der angewandten Untersuchungsmethode fanden die Chemiker am zweiten Brunnen Arsengehalt von 0,065 und 0,130 mg/l. Diese Werte übersteigen zwar weit den festgelegten Grenzwert von 0,04 mg/l, die Wissenschaftler gehen jedoch davon aus, daß diese Verseuchung durch die Erdreichbewegung beim Bau des Brunnens entstanden ist. An fünf weiteren, neu angelegten Brunnen wurden keine Belastungen des Grundwassers festgestellt, so daß man davon ausgehen könne, daß der hohe Wert bei Brunnen 2 wirklich nur punktuell ist.

Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß das Adamsit-Pulver sich nur in kaum noch nachweisbaren Mengen im Wasser lösen kann. Damit kann nach Ansicht der Institute auch die Gefahr von drei Kisten mit Adamsit-Pulver, die aufgrund der Recherchen der Eibia-Gruppe noch im Boden des Geländes vermutet werden, vernachlässigt werden.

Nacha den heute vorliegenden Erkenntnissen sind die „bislang festgestellten Indikationen" – so das Fazit der BGR – als unerheblich anzusehen. Als Vorsorgemaßnahme sollen jetzt einmal im Jahr an den sieben Beobachtungsbrunnen Proben genommen werden. Außerdem sei jetzt auch die Untersuchung von Proben auf aromatische Amine angelaufen, berichtete Herbert Zeidler. Diese aromatischen Amine könnten ebenfalls eine toxische, das heißt giftige Wirkung haben. kle

Verdener Aller-Zeitung, 28.03.1989

Gerhard Schröder: Ohne Müllverbrennung geht es nicht

SPD-Oppositionschef im Landtag bereiste Kreis Verden / Fraktion will sich Eibia-Entsorgung annehmen

Verden (dud). Auch wenn die SPD 1990 die Regierungsverantwortung in Niedersachsen übernehmen sollte, wird bei der Müllentsorgung auf den Einsatz von Verbrennungsanlagen nicht verzichtet werden. Daran ließ der Oppositionsführer im Landtag, Gerhard Schröder, bei einem Besuch des Landkreises Verden am vergangenen Montag keinen Zweifel. Ob es auch beim geplanten Bau einer Verbrennungsanlage im benachbarten Hoya (Kreis Nienburg) — gegen ihn hegen hiesige SPD-Verbände Bedenken — bleiben soll, ließ Schröder allerdings offen. Auf jeden Fall müsse sich die Anlage aber die Anforderungen eines von der SPD geforderten Gesamtkonzeptes für die Müllentsorgung erfüllen, das neben der Verbrennung vor allem auf die Müllvermeidung und -wiederverwertung setzt.

Grundsätzlich, so Schröder in Verden weiter, dürfe die Müllentsorgung nicht zu einem „Geschäft" werden. Vielmehr müsse die Sicherheit der Bürger an erster Stelle stehen. Die SPD strebe deshalb an, die Deponierung und Verbrennung von Müll nicht allein privaten Unternehmen zu überlassen, sondern einer öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Das heißt: Man will sich zwar das Know-how von großen Entsorgungs-Profis zunutze machen. Die Beteiligungsrechte an den Trägern von Deponien oder Verbrennungsanlagen aber sollen so geregelt werden, daß eine weitreichende Mitbestimmung der Kommunen und des Landes sichergestellt ist.

An erster Stelle des SPD-Müllkonzeptes stehe die Vermeidung und eine möglichst umfassende Wiederverwertung von Abfall. Dennoch werde man nicht ganz ohne Müllverbrennungsanlagen auskommen. Schröder: „Es gibt Stoffe, die man nicht deponieren darf, aber verbrennen kann."

Bevor eine Verbrennungsanlage errichtet wird, müßten die betroffenen Landkreise aber ein Gesamtkonzept für ihre Müllentsorgung erstellen. Außerdem sei vorher festzulegen, was verbrannt werden soll und eine umfassende Beteiligung betroffener Bürger sicherzustellen. Sollte sich dann herausstellen, daß der Bau einer Verbrennungsanlage die sinnvollste Art der Müllbeseitigung ist, müsse er auch konsequent durchgesetzt werden. Schröder: „Es ist keine Haltung, zu sagen: Müllverbrennung ja, aber nicht bei uns."

Den hiesigen Parteifreunden und Vertretern einer Bürgerinitiative blieb der Oppositionsführer konkrete Antworten auf ihre Bedenken gegen die in Hoya vorgesehene Anlage schuldig. Er sagte aber zu, daß sich seine Fraktion mit dem Thema beschäftigen und deren umweltpolitischer Sprecher Uwe Bartels demnächst zu einem Gespräch nach Verden kommen werde.

Die Verdener SPD-Vertreter und ihr Gast aus Hannover (von links): Stadtverbandsvorsitzender Heinz Möller, Gerhard Schröder, Kreisvorsitzender Fritz-Heiner Hepke, Landtagskandidatin Christina Bührmann, Landrat Christoph Rippich und SPD-Kreistagsfraktionschef Hans-Jürgen Wächter. (dud) fo/baa

Bartels wird auch der Dauelser Schülergruppe einen Besuch abstatten, die sich mit der Geschichte des Eibia-Geländes in Dörverden-Barme beschäftigt hat. Mit ihnen will der SPD-Umweltexperte Möglichkeiten zur Beseitigung der zum Teil hochgiftigen Kampfmittelrückstände auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik erörtern.

Besorgt äußerten sich Vertreter der Verdener SPD auch über den zunehmenden Ausfall von Unterrichtsstunden an den allgemeinbildenden Schulen, weil Lehrer zusätzlichen Sprachunterricht für Aussiedlerkinder geben müssen. Um diese Engpässe zu beseitigen, aber auch um einer Überalterung der Lehrerkollegien vorzubeugen, plädierte Schröder für Neueinstellungen an den Schulen. So plane die SPD — sollte sie 1990 die Mehrheit erhalten — jährlich rund 5000 Dreiviertel-Stellen für Lehrer zusätzlich einzurichten.

Um den Strom von Aussiedlern in die Bundesrepublik einzudämmen, müsse die Bundesregierung vor allem versuchen, über eine verstärkte ökonomische Zusammenarbeit die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Zuwanderer zu verbessern. Dabei müsse sowohl die wirtschaftliche Situation verbessert als auch eine „kulturelle Autonomie" von Deutschstämmigen in den osteuropäischen Ländern sichergestellt werden. Um die Lebensbedingungen von Aussiedlern in der Bundesrepublik zu verbessern, sei vor allem ein umfassendes Wohnungsbauprogramm erforderlich. Dabei, so Schröder, gehe es aber darum, allgemein mehr bezahlbare Wohnungen nicht nur für Aussiedler, sondern für alle Wohnungsuchenden zu schaffen.

Verdener Nachrichten, 26.04.1989

Müllheizkraftwerk: Entscheidung über Standort zur Zeit verfrüht

SPD-Ministerpräsidentenkandidat Gerhard Schröder in Dörverden

red Dörverden. Zwei Dörverdener „Dauerbrenner", die Lagerung chemischer Kampfstoffe auf dem ehemaligen Eibia-Gelände und der geplante Bau eines Müllheizkraftwerkes in Hoya boten beim Besuch des SPD-Ministerpräsidentenkandidaten Gerhard Schröder ausreichend Stoff für Gespräche, so daß der vorgegebene Zeitrahmen von einer Stunde deutlich überschritten wurde. In Sachen Eibia zeigte Schröder wenig Verständnis für die mangelnde Eigeninitiative des Staates. Wenn sich die Bevölkerung Sorgen um die Qualität des Trinkwassers mache, sei es lächerlich, die Frage nach den Kosten zu stellen. Zum geplanten Müllheizkraftwerk in Hoya bezog er ebenfalls klar Stellung. Solange nur einige wirtschaftliche Aspekte und keine ökologischen Gesichtspunkte untersucht worden seien, wäre jede Standortentscheidung verfrüht.

Zu der sehr gut besuchten Veranstaltung im Gasthaus Heußmann hatte der Dörverdener SPD-Ortsvereinsvorsitzende Wolfgang Henze auch Mitglieder der Eibia-Arbeitsgemeinschaft, der Gruppe „Müll-Aktiv" und der Vereinigung der Selbständigen eingeladen, die sich alle drei gezielt mit diesen Themenbereichen beschäftigen. Verwundert zeigte sich Schröder dabei über die Art und Weise, wie mit den Schülern der Eibia-AG umgesprungen worden sei. Auf der einen Seite werde dazu aufgefordert, sich zu engagieren; anschließend würden die Ergebnisse jedoch unterdrückt, wenn sie nicht ins Bild paßten. „Ich kann nur eines versprechen", versicherte Schröder, „diese Art des Umgangs würde von mir bekämpft werden."

Die Kosten einer Sanierung müßten vom Verursacher getragen werden, gebe es den nicht oder sei er schwierig zu ermitteln, sei nach dem Gemeinlastprinzip zunächst der Staat gefordert. Joachim Woock von der Berufsbildende Schule Dauelsen, der die Arbeitsgruppe als Tutor betreut hatte, erklärte dazu, daß die Industrie-Verwaltungsgesellschaft, die sich zu über 50 Prozent in Bundesbesitz befinde, als Rechtsnachfolger der IG Farben anzusehen sei. Bei der Übernahme von Kosten stoße man allerdings bereits auf Kreisebene auf Schwierigkeiten, obwohl es längst nicht mehr um die drei Arsenkisten, sondern um die Rückstände aus der Pulverproduktion gehe, passiere nichts.

SPD-Kreistagsabgeordneter Horst Austermann verhehlte diese Problematik nicht, verwies jedoch auf die zwei Ebenen Kreisverwaltung und Kreistag. Die Behörde sei zwar gehalten, bei Gefahr zu handeln, stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Situation nicht so akut sei. Immerhin habe man erreicht, daß der Landkreis Probebohrungen und einige Untersuchungen veranlaßt habe, mit dessen Ergebnissen im nächsten halben Jahr zu rechnen sei. Seine Fraktion dränge deshalb auch auf eine öffentliche Anhörung. Zusätzliche Unterstützung versprach auch Schröder, der noch einmal parlamentarischen Druck auf die Landesregierung ausüben möchte, um wenigstens weitere Untersuchungen durchzuführen.

Verdener Aller-Zeitung, 26.04.1989

Rüstungsaltlasten: Granaten rosten durch

Hannover (lni). Für die Sanierung bestimmter Rüstunsaltlasten in Niedersachsen bleibt nicht mehr viel Zeit. Dies sagte gestern in Hannover Staatssekretär Franz Cromme in Vertretung des erkrankten Umweltministers Werner Remmers (CDU) bei der Eröffnung eines zweitägigen Expertengespräches „Rüstungsaltlasten". Bei einigen Rüstungsaltlasten habe der Korrosionsstand bedrohliche Ausmaße angenommen, so daß nach der Zerstörung der Behälter vor allem Boden und Grundwasser vergiftet werden könnten.

Die Kosten für die Sanierung von Rüstungsaltlasten lassen sich nach Auffassung des Staatssekretärs nicht annähernd abschätzen und dürften allein in Niedersachsen die Milliardenhöhe überschreiten. Dazu reichten allerdings die Mittel des Landes nicht aus. Hier seien Bundesmittel erforderlich.

„Der Verursacher muß die Kosten übernehmen"

Göttingen (lni). Die in ihrer heutigen Form sich noch immer an das „Preußische Allgemeine Landrecht" von 1794 anlehnenden gesetzlichen Regelungen zur Beseitigung von Altlasten reichen nach dem Ergebnis einer Untersuchung der Universität Göttingen aus. Verursacher können damit zur Kostenübernahme herangezogen werden, meint Dr. Christian Schrader vom Lehrstuhl für Bodenrecht. Er kommt in seiner jetzt veröffentlichten Untersuchung „Altlastensanierung nach dem Versagerprinzip" zu dem Schluß, bei Anwendung aller rechtlichen Argumente brauche die Öffentlichkeit nicht auf den Sanierungskosten sitzenzubleiben.

Die Lösung sei einfach, meint der Wissenschaftler. „Was verschmutzt und vergiftet ist, muß den ökologischen Erfordernissen entsprechend von den Verursachern saniert werden."

Verdener Nachrichten, 26.04.1989

Eibia-Anfrage kommt in den Bundestag

Dörverden (rog). „Wir sind völlig frustriert", räumte Bürgermeister Heiner Falldorf gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Arne Börnsen ein, als das Gespräch auf die Eibia-Altlasten kam. Der Bürgermeister hatte Börnsen, Gemeindedirektor Thies, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Henze und Ordnungsamtsleiter Lohmann zu einem Gespräch über Probleme der Gemeinde Dörverden ins Rathaus geladen. Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich die Gefährdung der Altlasten auf dem Gelände der Industrie-Verwaltungsgesellschaft von Behörden und Fachleuten eingeschätzt wird.

Während eine interministerielle Arbeitsgruppe das Eibia-Gelände neben 64 anderen Standorten als sanierungsbedürftig einschätze, würde der Landkreis die Notwendigkeit anzweifeln, monierte Falldorf. „Eine Behörde schiebt es auf die andere, da eine Sanierung ins Geld geht", berichtete auch der Bundestagsabgeordnete von seinen Erfahrungen. Bisher sei noch nicht einmal klar, was auf dem Eibia-Gelände während des Krieges produziert wurde. Mit einer Anfrage an die Bundesregierung will Börnsen jetzt versuchen, daß sich behördlich bald wieder etwas bewegt. Börnsens Initiative geht nach Ansicht von Falldorf in die richtige Richtung: „Was Eibia betrifft, müssen wir bei jeder Gelegenheit Dampf machen."

Verdener Nachrichten
08.05.89

Kritik an der Expertenkonferenz geübt

Initiativen diskutierten drei Tage lang in Dörverden über Rüstungs-Altlasten

Dörverden (rog). „Aktionismus um jeden Preis ist eher schädlich als nützlich", betonte gestern Dr. Michael Braedt auf einem dreitägigem Seminar in Dörverden, das der Problematik von Rüstungs-Altlasten im Norden der Bundesrepublik gewidmet war. Die Wahl des Tagungsortes, an dem neben zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der „Initiativen gegen Rüstungsaltlasten" (IRA) auch Politiker und Mitarbeiter im niedersächsischen Umweltministerium teilnahmen, fiel wohl nicht zufällig auf Dörverden im Landkreis Verden. Ist doch die Gemeinde mit dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik „Eibia" mit einer Rüstungs-Altlast direkt vor der eigenen Haustür konfrontiert.

Im Mittelpunkt des Seminars stand gestern das Ergebnis einer Expertenkonferenz, zu der der niedersächsische Umweltminister geladen hatte. An dem Seminar waren rund 90 Teilnehmer aus Umwelt- und Innenministerien, der Landesämter sowie der Bundeswehr als auch einige Ingenieur-Büros vertreten. Mitglieder der Bürgerinitiativen fehlten auf der Gästeliste, wie die Veranstalter gestern scharf kritisierten. Die Grünen zogen daraufhin ihre Teilnahme zugunsten des IRA-Sprechers, Dr. Michael Braedt, zurück.

In einem kurzen Referat stellte dieser gestern das Ergebnis der Expertenkonferenz vor. So stelle eine überstürzte Sanierung für die Umwelt eine große Gefahr dar. „Es kann passieren, daß ein verseuchtes Gelände mit Baggern aufgegraben wird und plötzlich kein Geld mehr für weitere Arbeiten vorhanden ist." Folge sei, unterstrich Braedt, daß die chemischen Rückstände im Boden auf diese Weise leichter ausgewaschen und ins Grundwasser gelangen könnten. Wichtiger als spektakuläre einzelne Sanierungs-Projekte in Millionenhöhe seien flächendeckende, erste Schritte. So könnten um weitere Auswaschungen zu verhindern, mit geringen Kosten Drainage-Gräben angelegt oder die betroffenen Flächen abgedeckt werden.

Für den Wissenschaftler wurde auf der Konferenz auch die Durchlässigkeit der gesetzlichen Trinkwasser-Verordnung deutlich. Sie sei kein Persilschein für die Wasserqualität. In der Verordnung, in der die zu untersuchenden Stoffe bei der Beurteilung von der Wassergüte festgelegt ist, würden unter anderem die aromatischen Amine, die bei der Sprengstoffherstellung anfallen, fehlen.

Einen Mangel an Unterlagen sowie an Experten in den Ämtern räumte der ehemalige Beauftragte für Rüstungsaltlasten im niedersächsischen Umweltministerium, Klaus-Martin Liersch, ein. „Wir stehen bei der Bewältigung dieser Aufgaben am Anfang", so Liersch. Der Gast aus Hannover begrüßte aber, daß Niedersachsen in den kommenden fünf Jahren 50 Millionen Mark nur für die Gefährdungsabschätzung von Rüstungs-Altlasten bereitstellen will.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe hatte 67 altlastverdächtige Standorte in Niedersachsen festgestellt. Bei 25 Standorten sollen noch in diesem Jahr Detailuntersuchungen vor Ort beginnen. Die auffällig sachkundigen Seminar-Teilnehmer schätzten dagegen, daß rund 200 Rüstungsaltlasten in Niedersachsen existieren.

Mit Detailuntersuchungen soll in diesem Jahr auch in Dörverden begonnen werden. Längst geht es nicht mehr nur um drei verschollene Kisten mit dem hochgiftigen Arsen. Gesucht werden muß vor allem nach den gefährlichen Abfallhalden, die aus Neutralisationskalk für Abwässer bei der Schießpulverproduktion bestehen. Eine besondere Brisanz werden die Ergebnisse der Untersuchungen dadurch erhalten, daß das „Eibia"-Gelände in einem Wasserschutzgebiet liegt.

Verdener Nachrichten, 11.06.89

„Zu wenig um Altlasten gekümmert"

Initiativen gegen Rüstungsaltlasten kritisieren niedersächsische Landesregierung

Verden (rog). Mit einer Besichtigung des ehemaligen Marineöllagers in Achim-Baden ging gestern Nachmittag das 3. bundesweite Treffen der Initaitiven gegen Rüstungsaltlasten (IRA) in Dörverden zu Ende. Im Mittelpunkt des Seminars stand — wie im KURIER AM SONNTAG bereits kurz berichtet— die Auswertung einer Expertenkonferenz im April dieses Jahres, zu der Umweltminister Werner Remmers geladen hatte. Zu der Konferenz waren damals keine Vertreter der bundesweiten Initiativen geladen worden. „Der Informationsfluß darf keine Einbahnstraße sein", kritisierte der Sprecher der IRA, Dr. Michael Braedt, den Ausschluß der Initiativen. Schließlich würden die Ministerien oft von der Sachkenntnis der Bürgerinnen und Bürger profitieren. So verfüge die IRA beispielsweise über eine Datenbank, in der 570 Altlasten erfaßt seien. Die Ministerien dagegen hätten nur einen Teil der Standorte per elektronischer Datenverarbeitung registriert.

Aufmerksamkeit fand auf der Tagung auch die ehemalige Sprengpulverfabrik „Eibia" in Dörverden-Barme. Eine interministerielle Arbeitsgruppe hatte im vergangenen Jahr 67 Rüstungs-Standorte in Niedersachsen festgestellt und je nach Gefährdungsgrad in vier Gruppen eingeteilt.

Während bei Gruppe IV weitere Untersuchungen nach Ansicht der Arbeitsgruppe derzeit zurückgestellt werden können, sind bei Gruppe III „weitere orientierende Untersuchungen" nötig. In Gruppe II, in die die Dörverdener „Eibia" eingeordnet wurde, seien „Detailuntersuchungen" vorzunehmen. Bei allen Standorten der Gruppe I in Niedersachsen sollten laut Arbeitsgruppe Sanierungen in Betracht gezogen werden.

„Bisher sind auf dem Eibia-Gelände noch keinerlei Detailuntersuchungen vorgenommen worden, kritisierte der Verdener Joachim Woock, der sich schon seit Jahren mit der Dörverdener Altlast auseinandersetzt. Jetzt müsse dringend mit der Auswertung von Luftbildaufnahmen, Brunnenbohrungen und einem genauen Archivstudium begonnen werden.

Gleichzeitig bezweifelten Woock und seine Mitstreiter, daß die Standorte nach ihrer Gefährdung und nicht nach willkürlichen, finanziellen oder politischen Gründen in die vier Gruppen eingeteilt wurden.

Der Sprecher der IRA vertrat die Ansicht, daß das Land Niedersachsen trotz seiner Vorreiter-Rolle nicht gewillt sei, die „politische Zeitbombe Rüstungs-Altlasten" tatsächlich zu entschärfen. Dafür spreche, daß der Beauftragte für Rüstungsaltlasten im Umweltministerium, Klaus-Martin Liersch, bereits nach einem halben Jahr seinen Posten wechseln mußte. Fünf von sechs zu besetzenden Stellen eines extra neu geschaffenen Referates seien noch nach Monaten unbesetzt, so Braedt.

Die IRA forderte gestern, daß das Referat für Rüstungs-Altlasten mit kompetenten Fachleuten besetzt wird, die die Kontrolle bei der Erfassung und Sanierungs-Planung behalten. Bisher liege die Kontrolle in den Händen eines Hamburger Ingenieurs-Büros, das noch keinerlei Erfahrungen mit dieser Materie habe.

Einen Mangel an Wissen oder Verantwortlichkeit um die Gefährlichkeit des militärischen Erbes attestierten die Seminarteilnehmer auch zahlreichen Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik. So seien Teile der Ortschaft Stadtallendorf bei Marburg inzwischen zu Sondermüll deklariert worden.

Trotzdem würden noch weitere Neubaugebiete auf Rüstungsaltlasten erschlossen werden. Selbst wenn zuvor Probebohrungen vorgenommen würden, sei dies unverantwortlich. Als Beispiel nannte Braedt Geesthacht in Schleswig-Holstein. Da auf einem Teil des Geländes Nitroglycerin gefunden wurde, veranlaßten die Behörden, die Bauarbeiten auf einem Viertel der zwölf Hektar großen Fläche einzustellen. Der Rest sei zur Bebauung freigegeben worden. Ein großer Fehler, wie sich im Nachhinein herausgestellt habe, so die IRA-Mitglieder. Bei den Erschließungsarbeiten im März habe sich gezeigt, daß der gesamte Boden gefährliche Rückstände aufweist. Sie waren erst durch Baggerarbeiten ans Tageslicht gekommen. „Auf Rüstungsaltlasten sollte nie gebaut werden", brachte Braedt in einer Pressekonferenz die Forderungen der Initiativen auf den Punkt.

Im November ist das nächste bundesweite Treffen der IRA vorgesehen. Veranstaltungsort ist Hirschhagen in Nordhessen. In Fachkreisen wurde Hirschhagen als eine der ersten Rüstungs-Altlasten in der Bundesrepublik bekannt. Nähere Informationen zu dieser Thematik liefern Broschüren und Arbeitsberichte der Initiativen, die über Joachim Woock, Stumpealle 9, in Verden bezogen werden können.

Verdener Nachrichten, 12.06.89

AUF EINEN BLICK

Altlasten ernst nehmen

Verden (eb). Beim dritten bundesweiten Treffen der Initiativen gegen Rüstungsaltlasten (IRA) ist der niedersächsischen Landesregierung vorgeworfen worden, sie sei offenbar nicht gewillt, die „politische Zeitbombe Rüstungsaltlasten" tatsächlich zu entschärfen. Im Zusammenhang mit der ehemaligen Sprengpulverfabrik „Eibia" in Dörverden wurde ein rascheres Handeln gefordert. ..... **Seite I**

„Kein Bauen auf Altlasten!“

Initiativen gegen Rüstungsaltlasten kritisierten Umweltministerium

on **Landkreis.** Kernthema des dritten bundesweiten Treffens der Initiativen gegen Rüstungsaltlasten (IRA), das am vergangenen Wochenende in Form eines Seminars im Tagungshaus Drübberholz (Gemeinde Dörverden) stattfand, war die Expertenkonferenz, zu der der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers Ende April dieses Jahres geladen hatte.

Remmers hatte bereits eine „interministerielle Arbeitsgruppe Rüstungsaltlasten“ gegründet. Die militärisch genutzten Produktions- und Lagerstätten aus der Zeit bis 1945, kurz Rüstungsaltlasten, waren Thema der Expertenkonferenz. Unverständlich für engagierte Bürgerinitiativen, daß die Expertengespräche zur weitgehend geschlossenen Veranstaltung wurden. Bürgerinitiativen blieben von vornherein ausgesperrt. Das nahmen am Wochenende auch die Initiativen gegen Rüstungsaltlasten und betroffene Einzelpersonen aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und dem Kreisgebiet Verden zum Anlaß der Kritik an das niedersächsische Umweltministerium. „Der Informationsfluß darf keine Einbahnstraße sein“, brachte der neugewählte IRA-Sprecher Dr. Michael Braedt aus Clausthal-Zellerfeld die Sache auf den Punkt.

Die ganz klare Forderung IRA lautete in einer abschließenden Pressekonferenz: „Keine Neubebauung mehr auf Rüstungsaltlasten!“ Die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer nahmen auch eine Reihe von bundesdeutschen Städten und Gemeinden „unter Beschuß“ und warfen ihnen bezüglich der Neubebauung auf „tickenden Zeitbomben“ verantwortungsloses Handeln vor. Beispielsweise sei die Ortschaft Stadtallendorf bei Marburg zur Sondermülldeponie erklärt worden. Dennoch würden weiterhin Neubaugebiete auf gefährlichen Rüstungsaltlasten entstehen. So sei es der Fall in Geesthacht (Schleswig-Holstein): Auf einem Teil eines Geländes sei Nitroglycerin nachgewiesen worden. Auf einem Viertel der Gesamtfläche von 25 Hektar, auf der durch Probebohren die „gefährliche Last“ zu Tage gekommen wären, hätte man die Bauarbeiten eingestellt , doch fleißig weiter gehe es auf dem restlichen Gebiet, obwohl bei der Erschließung im März dieses Jahres bei Baggerarbeiten auch dort gefährliche Rückstände gefunden worden seien.

Naheliegen, nicht zuletzt wegen der Ortsnähe, daß die Seminarteilnehmer sich auch mit der ehemaligen Sprengpulverfabrik „Eibia“ in Barme befaßten. Je nach Gefährdungsgrad der im Boden verborgenen Stoffe hat die interministerielle Arbeitsgruppe 1988 67 Rüstungsstandorte in Niedersachsen aufgelistet und in drei Stufen eingeteilt: Stufe 1 (sofortige Detailuntersuchungen), Stufe 2 (Detailuntersuchungen vor Ort), darin taucht „Eibia“ auf, Stufe 3 (weitere Detailuntersuchungen nicht nötig). Die Einstufung wurde angezweifelt und sei überholungsbedürftig, sei zum Beispiel Empelde (bei Hannover) in Gruppe 3, obwohl eindeutig auf Altlasten gebaut werde.

Vehement wehren sich der Verdener Rüstungsaltlasten-Experte Joachim Woock und die IRA-Leute gegen die von der Landesregierung favorisierte Privatisierung der Verantwortlichkeit. Es entstehe der Verdacht, daß der das Umweltministerium die Problematik der Rüstungsaltlasten mittelfristig beerdigen wolle, seien doch fünf von sechs neuzubesetzenden Sesseln in einem neu geschaffenen Referat für Rüstungs-Altlasten noch nach geraumer Zeit leer. Und da nenne sich Niedersachsen auf dem Gebiet als „Vorreiter“?! Vom Seminar wurde gefordert, das Referat mit qualifizierten Personen auszustatten, die die Kontrolle bei der Erfassung und Aufarbeitung der vielen Rüstungs-Standorte übernimmt. Bisher übe ein Hamburger Ingenieur-Büro diese wichtige Funktion aus, das auf dem sensiblen Gebiet absolut unerfahren sei.

Arbeitsberichte und erweiterte Broschüren über die Treffen der Initiativen gibt es bei Joachim Woock, Stumperallee 9, 2810 Verden, Tel. 04231/64607.

Die Aktiven der Initiativen gegen Rüstungs-Altlasten bei der Pressekonferenz, bevor sie zur Besichtigung eines ehemaligen Marineöllagers in Baden (Achim) aufbrachen. Foto: Ontijd

Verdener Aller - Zeitung, 13.06.89

Er hatte „den Revolver im Nacken", aber:

Betriebsleiter weigerte sich, Öllager und Tanks zu sprengen

Die Amerikaner waren „ganz scharf" auf die Anlage / Interessanter Rundgang

Baden. Das Ohr direkt am Puls der Zeit hatten Mitglieder der Achimer „Geschichtswerkstatt": Erich Lege, der ehemalige Betriebsleiter des Badener Öllagers, machte mit den Amateurforschern einen Rundgang über sein ehemaliges Arbeitsgelände, das heute teilweise Übungsplatz der Bundeswehr ist.

In den seltenen Genuß eines Zeitzeugenberichts waren die Historiker nur durch Zufall und Vermittlung des „Geschichtswerkstatt"-Mitgliedes Hermann Cyriacks gekommen. Auf Anfrage der „Initiative gegen Rüstungsaltlasten", die bei der Exkursion dabei war, stellte er den Kontakt her. Bei weiteren Nachforschungen und durch die Erzählungen des freundlichen älteren Herrn kamen interessante Tatsachen über das ehemalige Öllager heraus.

Lege berichtete, daß er 1938 das Depot als Betriebsleiter übernommen habe. Zuvor sei die 1912 errichtete Anlage in Händen privater Unternehmen gewesen. Dort wurde per Gleisanschluß oder per Schiff Öl angeliefert, möglicherweise aufgeheizt oder neu gemischt und auf gleichem Wege wieder abtransportiert. Lege konnte noch Schachtreste, Einstiegslöcher, das heute bewohnte, ehemalige Trafohaus und eine Filteranlage für Gebrauchtwasser identifizieren.

Im Hafen hätten sechs 750-Tonner-Schiffe gleichzeitig Halt machen können, erläuterte der ehemalige Betriebsleiter. Beim Beladen schottete eine Art Schleuse das Hafenbecken ab, um eventuell abfließendes Öl aufzuhalten. „Zu meiner Zeit ist aber kein Tropfen Öl verloren gegangen", berichtete Lege nicht ohne Stolz.

Im Ölhafengebäude konnten die ehemaligen Standorte der großen Ölpumpen besichtigt werden. Ein ölbefleckter Hirnholz-Fußboden, der wohl Funkenflug vorbeugen sollte, ist heute stummer Zeuge einer einstmals militärisch wichtigen Vergangenheit. Heute lagern die Ruderboote des Achimer Gymnasiums hier.

Für das Rangieren auf der zwölf Kilometer langen Gleichsstrecke habe ihm die Reichsbahn eine eigene Lok samt Besatzung zur Verfügung gestellt. Damit bei Bombenangriffen die Züge mit bis zu 40 ölgefüllten Kesselwagen nicht ihre wertvolle Ladung verloren, hätten auf dem gesamten Gelände entlang der Schienen Holzpropfen gelegen. Damit sollten Löcher in zersiebten Wagen schnell gestopft werden können.

Das war aber gar nicht notwendig, denn „komischerweise haben uns die Engländer ziemlich in Ruhe gelassen. Das verstehe ich bis heute noch nicht", sagte Lege. Die Verwunderung des Betriebsleiters i.R. ist verständlich, denn schließlich war das Öllager nach seinen Angaben zum Schluß des Krieges der einzige Öllieferant, der die Marine noch beliefern konnte. Alle anderen seien nicht mehr intakt gewesen.

Gelieferte habe er von Norwegen bis nach Genua. Ob es an den Bemühungen des Gärtners und seiner zwölf Helfer lag, der das Lager tarnbepflanzte, daß kaum Bomben fielen? Lege hatte eine andere Erklärung parat: „Die Amis waren sehr scharf auf das Lager. Hätten die das übernommen, wäre das heute noch ein Öllager."

Stattdessen rückten die Engländer ein. Glücklicherweise, kann man nur sagen, denn der Betriebsleiter erhielt vorher den Befehl das Lager samt gefüllter Tanks zu sprengen. Erich Lege sagt, er habe sich geweigert: „Auf den Tanks lagerten noch gefüllte Bennzinkanister." Hätte er den Befehl ausgeführt, ginge es in den umliegenden Ortschaften möglicherweise nicht so lebendig zu. „Ich hatte damals ständig den Revolver im Nacken", erklärte er.

Mit dem geretteten Öl sei es nach dem Krieg für die Simonsbrot-Fabrik, die Molkerei und das Überlandwerk schnell möglich gewesen, wieder zu arbeiten. 1950 gab der Betriebsleiter die Leitung des Lagers ab. Einige Tanks wurden gesprengt. Ein Augenzeuge berichtete, daß es Brände gegeben habe. Joachim Woock von der „Initiative gegen Rüstungsaltlasten" fragte: „Wenn die Tanks vorher gereinigt worden sind, was ist dann mit dem Zeug geschehen?" Um diese Frage aufzuklären, soll nach entsprechenden Dokumenten gesucht werden. hw

Der ehemalige Betriebsleiter Erich Lege berichtete der „Geschichtswerkstatt" und der „Initiative gegen Rüstungsaltlasten" interessante Einzelheiten.
Foto: Willenbrock

Verdener Aller-Zeitung vom 14.06.1989

Über die Ursache wird gerätselt:

Sieger schonten Treibstoff-Lager

Geschichtswerkstatt Achim spürte Überresten der Öl-Bunker nach

Achim (cj). „Hier entlang!" Erich Lege weist auf einen engen Pfad, der sich durchs Gebüsch schlängelt: „Da rechts sieht man gesprengte Tunnel, in denen die Ölleitungen liefen." Mit ihm eine Gruppe von rund 20 Leuten, die gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt Achim den Überresten dessen nachspürten, was dem „Öllager"-Gelände einst den Namen gab: Auf einer Fläche von 450 Morgen erstreckte sich ein Netz von 34 unterirdischen Öltanks. Erich Lege, der von 1938 bis Kriegsende Leiter des Lagers gewesen war, hatte sich bereit erklärt, der Geschichtswerkstatt von seinen Erfahrungen zu berichten.

Trotz der gut fünf Jahrzehnte, die seit der Sprengung des Lagers vergangen sind, kennt der jetzt 87jährige im Öllager-Gelände immer noch jeden Winkel, steuert zielsicher von einer aus der Erde ragenden Betonwand zu einer ehemaligen „Kreuzung" zweier Ölleitungen, wo zwischen Kiefern und Sand die mannshohen Tunnel aus allen vier Himmelsrichtungen zusammenlaufen. Von der Hauptstraße her biegt die Geschichtswerkstatt-Gruppe Richtung Weser ab, folgte dem früheren Verlauf der Ölleitungen bis zum ehemaligen Pumpenhaus — in dem umgebauten Gebäude wohnt inzwischen eine Familie. Geschichtswerkstattsprecher Karlheinz Gerhold weist die Gruppe eine Fußgängertreppe herunter zur Weser, wo in rotem Backstein ein weiteres großes Pumpenhaus steht. An dessen einstige Funktion erinnert nur noch das verkratzte Holzparkett. Heute lagert die Ruder-AG des Schulzentrums in der Halle ihre Boote. Der nahe gelegene Be- und Entladehafen des Öllagers wurde nach dem Krieg von der Bundeswehr gesprengt — „Hier im Hafen konnte ich früher sechs kleine Schiffe mit 750 Tonnen Fassungsvermögen unterbringen." Mit solchen Schiffen oder auch per Eisenbahn wurden die verschiedensten Öle bis nach Norwegen und Italien verschickt. Wo heute der Uesener Kieshafen ist, wurde früher Stückgut für U-Boote verladen. Da das Öl im kalten Norwegen flüssiger sein mußte als in Italien, prüfte ein eigenes Labor mit rund ein Dutzend Mitarbeitern die genaue Aufbereitung des Öls. Mit Erstaunen mußten die Zuhörer von Erich Lege vernehmen, daß er im Krieg „keine großen Schwierigkeiten" mit Bombardements seiner Anlage gehabt habe. Zwar erinnere er sich an einen Luftangriff an einem Sonnabendnachmittag im Sommer 1944, doch sei es dabei zu keinen größeren Schäden oder Bränden gekommen. In den letzten Kriegsjahren, berichtete Lege, sei sein Lager praktisch das einzige gewesen, das deutsche Kreuzer, Torpedo- und U-Boote mit Treibstoff versorgen konnte — „alle waren zerbombt, nur wir nicht." Warum das so war, kann er sich selbst nicht richtig erklären, da das Öllager allein anhand der Eisenbahnverbindungen für die englische Luftwaffe hätte lokalisiert werden können. Möglicherweise hatten die Alliierten selbst Interesse daran, das Lager nach der Niederlage von Deutschland übernehmen zu können. Nach dem Krieg jedenfalls hätten sich Engländer und Amerikaner um den Besitz des Lager gestritten. Die Amerikaner hätten ihm förmlich „das Haus eingelaufen" und ein englischer Offizier sei angeblich degradiert worden, nachdem er das Lager auf eigene Faust sprengen wollte. Auf jeden Fall war es das verbliebene Öl, das den Achimern direkt nach Kriegsende manche Vorteile brachte: „Wir waren die ersten, die wieder Strom hatten" Molkerei und Brotfabrik konnten so bald wieder arbeiten.

Einen bitteren Beigeschmack bekam die Exkursion, als Mitglieder der „Initiative gegen Rüstungsaltlasten" von Grundwasserbelastung mit Arsen aus Rückständen einer alten Sprengstoffabrik in Barme-Dörverden berichteten. Leider konnte auch Erich Lege nicht mehr sagen, wie die Sprengung und Entsorgung des Lagers nach dem Krieg vor sich gegangen war. Ein Teilnehmer erinnerte sich jedoch an die schwarzen Rauchwolken, die nach der Sprengung noch tagelang vom Öllager über Baden hinwegzogen.

Die Geschichtswerkstatt will jetzt bei der Stadt anregen, die genauen Vorgänge der Entsorgung und Sprengung zu klären, um Hinweise auf mögliche Öl- oder PCB-Rückstände (beispielsweise von alten Transformatoren) im Boden zu bekommen.

Verdener Nachrichten
16./17.06.1989

„Eibia-Anhörung ist zur Zeit nicht sinnvoll"

Landkreis infomiert über gemeinsames Gespräch der betroffenen Behörden

Dörverden (eb). Der Landkreis Verden hat jetzt die Mitglieder des Wasserwirtschaftsausschusses schriftlich über ein Gespräch informiert, das die betroffenen Behörden auf Veranlassung des niedersächsischen Umweltministeriums und der Bezirksregierung Lüneburg am 30. Mai über das Problem der Rüstungsaltlasten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Dörverden geführt haben. Die Fachleute seien zu dem Schluß gekommen, so der Landkreis, daß aufgrund des jetzt vorliegenden Kenntnisstandes von einer akuten Gefährdung für Mensch, Tier und Vegetation nach wie vor nicht gesprochen werden könne. Unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe nach Auffassung der Fachleute nicht.

In der Besprechung sei von den Fachleuten jedoch deutlich gemacht worden, daß für eine abschließende Gefährdungsabschätzung noch detaillierte Untersuchungen auf dem Eibia-Gelände selbst und auch in dessen weiterer Umgebung („Background-Werte") erforderlich seien. Anfang Mai sind nach Angaben des Landkreises aus zwei weiteren Brunnen der früheren Wasserversorgungsanlage der Eibia Wasserproben entnommen worden. Ferner seien an den Trassen der Abwasserleitungen vom ehemaligen Eibia-Gelände zur Weser Bodenproben bis zu einer Tiefe von sechs Metern gezogen und gemeinsam mit den Wasserproben an die Bodenanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zur Untersuchung weitergeleitet worden.

Des weiteren sei geplant, Wasserproben aus der Eigenversorgungsanlage der Bundeswehr in Barme und dem gemeindeeigenen Wasserwerk Dörverden zu ziehen und diese ebenfalls an die BGR zur Untersuchung einzuschicken.

Die weiteren Untersuchungen auf dem Eibia-Gelände selbst sollen von der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) im Auftrag der Grundstück-Eigentümerin, der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), durchgeführt werden. Mit den Vorarbeiten ist laut Landkreis-Mitteilung bereits begonnen worden.

Um bezogen auf die im Eibia-Gelände festgestellten Werte Vergleiche mit dem unbelasteten Umfeld anstellen zu können, soll hier die BGR im Auftrag des Umweltministeriums die Background-Untersuchungen vornehmen. Ein entsprechendes Konzept mit Kostenvoranschlag werde derzeit von der BGR erarbeitet.

Eine Anhörung zu Themenkomplex Eibia, wie sie SPD und Grüne im Kreistag gefordert haben, ist nach Auffassung der Landkreisverwaltung erst dann sinnvoll, wenn alle geplanten Untersuchungen durchgeführt worden sind. Auf der Grundlage des jetzigen Kenntnisstandes sei eine abschließende Gefährdungsabschätzung noch nicht möglich, da bis jetzt lediglich punktuelle Untersuchungen auf dem circa 385 Hektar großen Gelände durchgeführt worden seien.

Verdener Nachrichten, 21.06.89

Initiativen-Treffen in Dörverden

Rüstungsaltlasten

Keine Neubauten auf Altlast-Standorten

Zts. Die Grünen 25.6.89

Auf vielen Rüstungsaltlasten befinden sich nicht nur Siedlungen, sondern ganze Städte. Eine Untersuchung in Stadtallendorf (Nähe Marburg), wo sich die größte Sprengstoffabrik des ehemaligen Deutschen Reichs befand, hat das hessische Umweltministerium veranlaßt, das gesamte Stadtgebiet als Sondermülldeponie zu deklarieren.

Trotzdem wird immer noch versucht, Neubaugebiete auf Rüstungsaltlasten auszuweisen. So in Düneberg bei Geesthacht in Schleswig-Holstein, wo beim Baubeginn dann Giftstoffe aus der Kampfmittelproduktion auftauchten.

Deshalb sprachen sich die Initiativen gegen Rüstungsaltlasten bei ihrem dritten Bundestreffen in Dörverden (wo die ehemalige Kampfstoffabrik EIBIA liegt) generell gegen eine Neubebauung von Altlastenstandorten aus. Das Urteil des Bundesgerichtshofes vom Januar, wonach Kommunen zu Entschädigungsleistungen verpflichtet sind, wenn sie Grundstücke mit Altlasten verkaufen, sollte bei den Verantwortlichen zu einem sensibleren Umgang mit diesem Thema führen.

Erstaunlich ist, daß auch in Niedersachsen, beispielsweise in Empelde bei Hannover, noch immer Neubauten auf Rüstungsaltlasten errichtet werden, dabei hat dieses Bundesland im Juni 1988 mit der systematischen Erfassung der Rüstungsaltlasten begonnen und im April ein Expertengespräch organisiert.

Die Initiativen gegen Rüstungsaltlasten bieten den Behörden ihre Zusammenarbeit an, unter anderem die Nutzung einer Datenbank mit über 570 Rüstungsaltlasten auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reichs. Dafür fordern die Initiativen einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Ministerien und Umweltverbänden sowie die Aufbau fachkompetenter Referate in den Behörden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Initiativen gegen versuche der Stadtverwaltung Munster, Mitglieder der örtlichen Initiative, die auf das dortige Gefahrenpotential durch Arsen im Trinkwasserbrunnen hinweist, einzuschüchtern. Im Dehlinger Teich verrotten seit Kriegsende hunderttausende Giftgasgranaten, den Behörden ist seit 1979 bekannt, daß einzelne Brunnen der Umgebung mit Arsen belastet sind.

Das nächste Bundestreffen ist für November in Hirschhagen (Hessisch-Lichtenau) geplant, wo sich früher eine Dynamit-Nobel Sprengstoffabrik befand. Auch dort gibt es seit fünf Jahren eindeutige Beweise für eine Trinkwasserbelastung aus Rüstungsaltlasten.

Kontakt: Initiativen gegen Rüstungsaltlasten, Zehntnerstraße 15, 3392 Clausthal-Zellerfeld.

Michael Braedt

UMWELT / BUND fordert Sanierung der Gelände ehemaliger Munitionsfabriken

Schäden für das Grundwasser befürchtet

HANDELSBLATT, Mittwoch, 28.6.1989

BONN. Eine schnelle Sanierung der Gelände ehemaliger Kampfstoff- und Munitionsfabriken hat am Mittwoch in Bonn der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) gefordert.

Ohne solche Maßnahmen drohten schwere Schäden für den Boden und das Grundwasser, sagte der BUND-Experte Prof. Frank Claus. Seit der ersten Information über die von solchen Plätzen — die Experten sprechen von Altlasten — ausgehenden Gefahren vor zwei Jahren sei kein einziger Standort saniert worden.

Der BUND-Experte forderte deshalb die Bundesregierung und insbesondere die mehrheitlich bundeseigene Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) als Besitzer zahlreicher solcher Industriegelände auf, ihrer Verantwortung nachzukommen. Statt zu sanieren, mache die Firma mit ihren angeblichen Erfahrungen auf diesem Gebiet Geschäfte. Diese Kenntnisse, so der Experte, sollen bei der Wiedernutzung der Stahlbrache in Duisburg-Rheinhausen durch Beratertätigkeit vermarktet werden. Und: Nicht einmal der Wille zur Bewältigung der „gefährlichen Erbschaft" sei bei der IVG zu erkennen. Im aktuellen Geschäftsbericht (Kurzfassung) tauche das Wort „Rüstungs-Altlasten" gar nicht mehr auf. An vielen Stätten unterhalte heute die Bundeswehr Lager und Produktionsstätten.

Claus kündigte für die am morgigen Donnerstag stattfindende Hauptversammlung der IVG Anträge auf Nichtentlastung zahlreicher Aufsichtsratsmitglieder an. Darunter sind der bayerische Umweltminister Alfred Dick (CSU), der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dieter Julius Cronenberg (FDP), der frühere niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) sowie Beamte aus dem Bundesfinanz- und dem Verteidigungsministerium. Sie seien entweder ihrer Verantwortung für eine Beschleunigung der Altlastensanierung nicht nachgekommen oder unterlägen Interessenkollisionen.

Den Bundesumweltminister forderte der BUND auf, ergänzend zu einem Weißbuch „Rüstungsaltlasten" ein Programm zur systematischen Sanierung dieser Standorte aufzulegen. An der Finanzierung sollten sich die Ministerien für Verteidigung und Finanzen beteiligen.

Handelsblatt 28.6.89

Wegen der „Eibia" Kleinaktionär geworden

Marquardt stellte IVG-Vorstand kritische Fragen

Verden (svp). Jens Marquardt, Schüler der Berufsbildenden Schulen in Dauelsen, ist Kleinaktionär der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG). Er spekuliert nicht etwa mit Aktien, obwohl die Firma eine stattliche Dividende ausschüttet. Jens ist Mitglied der „Eibia-Arbeitsgruppe" an seiner Schule, die sich seit Jahren mit Altlasten auf dem Gelände der ehemaligen Rüstungsfabrik in Dörverden-Barme befaßt, das von der IVG verwaltet wird. Als Kleinaktionär nutzt Jens jetzt auf der Hauptversammlung der IVG in Bonn-Bad Godesberg sein Rederecht und berichtete vor den versammelten Aktionären von den Aktivitäten zur Entgiftung des Eibia-Geländes, die die Arbeitsgruppe seiner Schule ausgelöst hat.

Vor drei Jahren war die Gruppe dritte Bundessiegerin im Schülerwettbewerb „Umwelt und Geschichte" geworden. Sie hatte am Rande eines Waldweges auf dem Eibia-Gelände mehrere arsenhaltige Kampfstoffplättchen der Blaukreuzgruppe gefunden. Nach den Informationen der Schülerinnen und Schüler befinden sich rund um die ehemalige Pulverfabrik herum mehrere vergrabene Kampfstoffkisten, sogenannte Neutralisationshalden und ein Verbrennungsplatz, deren Standort der IVG angeblich nicht bekannt ist.

Jens Marquardt wies in seiner Rede vor den Aktionären darauf hin, daß sich das Eibia-Gelände in der Trinkwasserzone II befindet und damit die unmittelbare Gefahr einer Verunreinigung gegeben sei. Durch von der Schülergruppe finanzierte Probeentnahmen und Analysen wurde nachgewiesen, daß sich bereits giftige Stoffe aus der Pulverherstellung (aromatische Amine und organische Arsenverbindungen) im Erdreich und im Grundwasser befinden.

Jens Marquardt legte dem Unternehmensvorstand einen Fragenkatalog vor, mit dem die IVG zur Beseitigung der Rüstungsaltlasten der Eibia bewegt werden sollte. So fragte er nach der Übernahme der Kosten für Sondierungsbrunnen und Bodenauskofferung auf der Barmer IVG-Liegenschaft, die bislang von der Gemeinde Dörverden und vom Landkreis getragen werden. Auskunft verlangte Jens auch über Pläne zur Veräußerung des Geländes und über die Bildung von Kapitalrückstellungen zur Beseitigung von Altlasten. Zu einer sofortigen Beantwortung der Fragen war der Vorstand nicht bereit. Die Schüler warten jetzt auf eine schriftliche Stellungnahme.

Das Dörverdener Eibia-Gelände ist nicht die einzige Altlast, mit der die zu 55 Prozent dem Bund gehörende IVG sich herumplagen muß. Eine ähnliche Liegenschaft in Hessisch-Lichtenau hat ebenfalls schon viel Ärger verursacht. Hier klagt das Land Hessen die bislang angefallenen Sanierungskosten von der Gesellschaft ein.

Wie aus einem Bericht des „Handelsblattes" hervorgeht, bestritt der IVG-Vorstand auch auf dieser Jahreshauptversammlung jede Verantwortung für Altlasten von Vorgängergesellschaften der IVG vor 1945. „Wenn man dennoch mit dem Land Hessen einen Vergleich für die Flächensanierung anstrebe, dann deshalb, weil mit der Sanierung endlich begonnen werden solle", gibt das „Handelsblatt" eine Stellungnahme des Vorstandsmitgliedes Fried Scharpenack wieder.

Das renommierte Handelsblatt kommt nicht umhin, der von Vertretern verschiedener Umweltschutzorganisationen erzwungenen Diskussion um die Beseitigung von Altlasten auf IVG-Liegenschaften breiten Raum in der Berichterstattung einzuräumen.

Wie der betreuende Lehrer der „Eibia-Gruppe" an der Dauelser Berufsschule, Joachim Woock, mitteilte, konnte ein Antrag seiner Gruppe, die Dividende von sieben Mark auf eine Mark zu senken und die verbleibenden Mittel zur Altlastensanierung und zur Entschädigung der bei der Eibia beschäftigten Zwangsarbeiter zu verwenden, in diesem Jahr noch mit formalen Argumenten abgewiesen werden. Die Antragsfrist wurde nicht gewahrt. Aber: „Im nächsten Jahr sind wir wieder da, und zwar rechtzeitig", so Joachim Woock.

Verdener Nachrichten 06.07.89

StAWA statt WWA

Das **Wasserwirtschaftsamt (WWA) Verden** bekommt einen neuen Namen: Wie die zehn anderen Wasserwirtschaftsämter in Niedersachsen wird auch die Behörde am Nicolaiwall ab morgen als **„Staatliches Amt für Wasser und Abfall"** (interne Dienstabkürzung: **„StAWA"**) firmieren. Wer nun argwöhnt, die Landesregierung wolle mit der Umbenennung lediglich Schilderfabrikanten und Druckereien einpaar lukrative Aufträge verschaffen, irrt. Die Wasserwirtschaftsämter sollen mit ihrem neuen Namen vielmehr deutlich machen, daß sie eben nicht mehr nur für Wasserwirtschaft zuständig sind, klärte ein Sprecher des Umweltministeriums die VERDENER NACHRICHTEN auf. Neben einer „ökologischen Gewässergestaltung" zähle nun auch die Gefährdungsabschätzung für stillgelegte Mülldeponien und Rüstungsaltlasten zu ihren Schwerpunktaufgaben. Damit künftig aber niemand meint, er stünde vor dem falschen Amt, sollen zumindest für eine Weile beide Schilder — das neue und das alte (Foto) — den Hauseingang des StAWA zieren. (dud) fo/moj

Verdener Nachrichten 01.09.1989

Rippich: Nur Etikettenschwindel

„Wasserwirtschaftsämter personell wieder aufstocken"

Verden (fr). „Ein neues Etikett löst noch keine Probleme." Mit diesen Worten reagierte SPD-Landtagsabgeordneter Christoph Rippich auf die vom niedersächsischen Umweltminister zum 1. September angeordnete Umbenennung des Landesamtes für Wasserwirtschaft in Landesamt für Wasser und Abfall und der Wasserwirtschaftsämter, wozu auch die Behörde in Verden zählt, in Staatliches Amt für Wasser und Abfall.

CDU-Minister Remmers wolle mit dieser Umbenennung den Eindruck erwecken, als seien die besagten Ämter auch für den in der Bezeichnung erstmalig auftauchenden Aufgabenbereich Abfall besonders gerüstet, sagte Rippich. Das Gegenteil sei jedoch der Fall. Tatsache sei nämlich, so Rippich, daß aufgrund des drastischen Stellenabbaus in den letzten Jahren die Fachbehörden ihre gesetzlichen Aufgaben besonders im Abfallbereich nicht mehr wahrnehmen können. Briefe von den Regierungspräsidenten an das Umweltministerium belegten unmißverständlich diese unverantwortliche Situation.

Die Aufgaben für die Wasserwirtschaftsämter hätten aber im Zeitraum des Personalabbaus erheblich zugenommen. Als Beispiele nannte Christoph Rippich die Altlastenproblematik mit den neu hinzugekommenen Rüstungsaltlasten, die Umsetzung des Abfallwirtschaftsprogramms sowie im Bereich der Wasserwirtschaft den Aufbau eines Grundwassergütemeßnetzes und die Abwicklung der Kläranlagenmodernisierung.

Gerade in diesen Bereichen liege ein erheblicher und äußerst dringender Handlungsbedarf vor, der keinen Aufschub mehr dulde. Rippich forderte die Landesregierung auf, endlich die sächlichen und personellen Voraussetzungen in den Umweltfachbehörden zu schaffen, statt durch andere Namensgebung Etikettenschwindel zu betreiben.

Verdener Nachrichten 11.09.1989

Eibia-Gutachten steht kurz vor dem Abschluß

Schülergruppe erhielt jetzt Antwortschreiben der IVG

Verden (rog). Die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft wird ihr Gutachten über das verseuchte Gelände der ehemaligen Schießpulverfabrik Eibia in Dörverden noch in diesem Jahr vorlegen. Das erfuhr Jens Marquardt, Schüler der Berufsbildenden Schulen in Dauelsen, jetzt aus einem Schreiben der Industrie-Verwaltungsgesellschaft AG (IVG) aus Bonn. Die IVG ist Eigentümerin des Eibia-Geländes. Auf der Hauptversammlung der IVG in Bad Godesberg im Juni dieses Jahres hatte der 21jährige Marquardt als Mitglied einer Dauelser Schülerinitiative zum Thema „Rüstungsaltlasten" gleich eine ganze Reihe von Fragen an den Vorstand gerichtet. Das Antwortschreiben, für das sich die IVG mehrere Monate Zeit gelassen hatte, enttäuschte den engagierten Schüler: „Ein Brief mit viel Text und wenig Inhalt."

Unter anderem habe der Vorstand auf bereits erteilte mündliche Antworten bei der Hauptversammlung verwiesen. Dadurch habe nun die Schülergruppe zu einem wichtigen Punkt, nämlich die Frage der Rückstellungen für Rüstungsaltlasten in der aktuellen Bilanz der Gesellschaft, keine schriftlichen Unterlagen in der Hand. Bei den geplanten Rückstellungen hatten die Schüler gehofft, daß diese Gelder für die teure Sanierung der gefährlichen Altlast vorgesehen sind. Das verneinte jedoch der Vorstand in Bad Godesberg.

In seiner Rede bei der IVG-Hauptversammlung hatte Marquardt nochmal auf die Gefahren hingewiesen, die von der ehemaligen Pulverfabrik für die Umwelt ausgehen. Bei einer Begehung hatten die Schüler am Rande eines Waldweges zahlreiche arsenhaltige Kampfstoffplättchen der Blaukreuzgruppe gefunden. Nachdem der Kampfmittelbeseitigungsdienst aus Hannover den Bereich gesäubert hatte, stießen die jungen Leute erneut auf die gefährlichen Plättchen. Der Beseitigungsdienst mußte ein zweites Mal nach Dörverden kommen.

Eine Grundwassergefährdung geht aber nach Ansicht der Gruppe nicht nur von den Plättchen aus, sondern auch von vergrabenen Kampfstoffkisten und anderen Rückständen aus der Pulverproduktion. Dies wiege um so schwerer, als sich das IVG-Grundstück in einer Trinkwasserzone befinde (wir berichteten).

Der Vertreter der Schülergruppe wollte aus diesem Grund weiter von der IVG wissen, ob sie das Gelände verkaufen will. Das verneinte die IVG. Den 21jährigen konnte die Antwort aber nicht zufriedenstellen. „Mit der Formulierung hat sich die Gesellschaft überhaupt nicht festgelegt", monierte Marquardt.

Kosten, die bei der Abtragung des verseuchten Bodens entstanden, werde die IVG nicht übernehmen, betonte die Gesellschaft in ihrem Schreiben. Auch weigere sich die IVG, die Kosten für sogenannte Sondierungsbrunnen auf dem Gelände zu tragen. Dies sei Aufgabe des Landkreises und der Gemeinde Dörverden, argumentiert sie.

Die Schülergruppe verfügt über eine Aktie der Industrie-Verwaltungsgesellschaft, so daß Marquardt auf der Hauptversammlung mit abstimmen durfte. Da der Dauelser Schüler bei der Versammlung zu der Überzeugung kam, daß der Vorstand die Umwelt-Gefahren, die vom Eibia-Gelände ausgehen, nicht erkannt habe, erteilte er ihm gegen die Mehrheit der anderen Aktionäre keine Entlastung.

Das Thema „Eibia" kam auch auf dem Bundeskongreß der Initaitiven gegen Rüstungsaltlasten in Göttingen auf die Tagesordnung. Der Verdener Lehrer Joachim Woock referierte über das Thema "Zwangsarbeit als Unterrichtsthema — Beispiel Eibia Dörverden".

Verdener Nachrichten, 02.12.89